Meine Damen und Herren des Rates der Stadt Übach-Palenberg,

1.) am 29.09.2017 hat hier im Rathaus ein Gespräch zwischen den Schulleitungen und der Verwaltung stattgefunden. Hierbei wurde von Seiten der Schulleitungen der Wunsch geäußert, eine vertrauliche Gesprächsbasis unter Einbeziehung von Vertretern der Politik ins Leben zu rufen.

Ich habe **für die Verwaltung** diesem Wunsch der Schulleitungen sofort entsprochen.

Sie, meine Damen- und Herren Mitglieder des Stadtrates, sind nunmehr zuständig für die Politik zu entscheiden, wie Sie hiermit umgehen. Wie in meiner Haushaltsrede aufgezeigt, bitte ich die Fraktionen darüber nachzudenken, ob sie diese von den Schulleitern gewünschte regelmäßige Gesprächsrunde ebenfalls wünschen.

Ich bringe diese Anregung hier im Rat vor, weil ich hier die einzig richtige Zuständigkeit für derartige Mitteilungen derartiger Ansinnen sehe. Seitens der Verwaltung wurde dieser Vorschlag deshalb auch nicht in der KBS-Sitzung (Kultur, Bildung, Soziales) vom 9.11. 2017 angesprochen.

Die Reaktion der Schulleiterinnen und Schulleiter in der Sitzung des KBS vom 09.11.2017 bedauere ich und vermute, dass diese auf Missverständnisse zurückzuführen ist. Damit diese geklärt werden können, habe ich die Schulleitungen unserer Stadt, interfraktionell politische Vertreter sowie Verwaltungsmitarbeiter am kommenden Freitag zu einem nichtöffentlichen, klärenden Gespräch ins Rathaus eingeladen.

Dort werde ich - wie mein Vertreter Helmut Mainz in der Sitzung des KBS-Ausschusses vom 09.11.2017 bereits ausgeführt hat – nochmals erläutern, dass der zunächst ins Spiel gebrachte Unterausschuss zum KBS aufgrund der gewünschten Vertraulichkeit und mit anderen in einem Ausschuss geltende Restriktionen auf Basis der Vorgaben der Gemeindeordnung nur schwer in Einklang zu bringen sein dürfte.

Denkbar sind aber auch andere Modelle für Gesprächsrunden im Rathaus, an denen neben Verwaltung und Schulleitungen Vertreter aus jeder Fraktion sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung sowie Kultur, Bildung und Soziales teilnehmen können.

Entsprechend den Grundsatzentscheidungen der Fraktionen, die sie mir bitte bis Ende des Jahres zukommen lassen, werde ich dann weiteres veranlassen.

2.) Die Schulleiter wünschen, dass der Rat sich verpflichtet jährlich 3,9 Mio. an Gelder bis 2020 für die Schulen bereit zu stellen. Auch dies habe ich bereits in meiner Haushaltsrede angesprochen.

Hierüber können ebenfalls nur die Fraktionen der hier im Rat befindlichen Parteien beraten und der Verwaltung eine entsprechende Maßgabe geben. Ich verweise an dieser Stelle nochmals darauf, dass eine derartige Selbstverpflichtung nach heutigem Stand der Haushaltsentwicklung zwangsläufig zu einer Steuererhöhung führen muss.